

Häfner, Ulrike 2005:

Kooperation von Mädchenarbeit und Schule. Das Ende von Mädchenpolitik oder die bildungspolitische Herausforderung der Gegenwart.

In: Betr. Mädchen 2-05, Thema: Nachsitzen! – Mädchenarbeit u. Schule.Münster, S.75-77

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse jüngster OECD-Untersuchung, der sogenannten PISA-Studie und wegen des demographischen Rückgangs der Anzahl von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter werden derzeit Strategien entwickelt und erprobt, die den Umbau der Institutionen schulischer Bildung sowie der Kinder- und Jugendhilfe zur Folge haben. Die daraus resultierende Veränderungsdynamik sowie gebotene Kooperationsformen von Schulen mit der Kinder- und Jugendhilfe werden sich auch unmittelbar auf Mädchenpolitik/Mädchenarbeit auswirken.

Eine drastische Reduzierung von Schulstandorten und die Überleitung, von Schulen des Primar- und Sekundarbereichs oder neu zu bildenden Oberschulen, in Schulen mit Ganztagsangeboten bzw. Ganztagschulen wird als Lösung der gegenwärtigen und zu erwartenden Probleme favorisiert. Dabei wird der Kooperation von Schulen mit Einrichtungen und Projekten der Kinder- und Jugendhilfe, in diesem Sinne also auch Angebotsformen von Mädchenarbeit, eine tragende Rolle zugedacht. Doch die strukturellen Reformbemühungen einer föderalistischen Bildungslandschaft vernachlässigen gegenwärtige gesellschaftspolitische Fragen, das Geschlechterverhältnis sowie inhaltlichen Rahmenbedingungen die notwendig sind, um Mädchen und Frauen tatsächlich gleiche Lebensbedingungen und Chancen zu ermöglichen. Der Begriff Umbau verschleiert vielmehr den realen Abbau gleichstellungsfördernder Angebote und Maßnahmen. Denn für Kommunen ist es ein Leichtes, proportional zur sinkenden Anzahl von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern, die bereitgestellten Mittel weiter zu reduzieren und dies mit nicht (mehr) vorhandenem Bedarf zu begründen. Der Verteilungskampf um möglicherweise verbleibende Finanzierungsformen ist bereits in vollem Gange, obgleich die zunehmende Verschärfung sozialer Problemlagen beobachten lässt, dass der Hilfebedarf steigend ist und keinesfalls proportional zu den verblieben Kindern in Familien sinkt. Dennoch wird die Kooperation zwischen Schulen und Jugendhilfeträgern zur Maßgabe für noch mögliche Finanzierungen aus öffentlicher Hand.

Verweilen jedoch Mädchen und junge Frauen den ganzen Tag an einem gut kontrollierten Lern- und Erziehungsort, werden ihnen die Möglichkeiten geschlechtshomogener Freiräume und eigener Orte für selbstbestimmte Freizeit verwehrt. Die traditionellen Formen koedukativer Bildung und Erziehung werden faktisch ergänzt um angepasste traditionell koedukative Kinder- und Jugendhilfeformen. Geschlechtsspezifischen Bedürfnissen wird vermutlich mit bewährter fürsorglicher Vernachlässigung begegnet. Das koedukative Paradigma mit seiner androzentrischen Perspektive auf Chancen und individuelle Ressourcen erfährt demnach eine Renaissance noch nicht absehbaren Ausmaßes, wenn sich Mädchenpolitik nicht aktiv einmischt, gegensteuert und eigene Strategien entwickelt.

Einrichtungen für Mädchen und junge Frauen sind ebenfalls Orte außerschulischer Bildung. Sie sind in mehrfacher Hinsicht Freiräume und eine niederschwellige Alternativen politischen, gesundheitlichen, sozialen und emotionalen Lernens, also eine Gegenentwurf zur institutionell leistungsorientierten Wissensvermittlung. Sie sind für Mädchen und junge Frauen eine wertvolle Bedingung für die Möglichkeiten informeller und nicht-formeller Bildungsgelegenheiten. Die vielfältigen Möglichkeiten Bildung in Anspruch nehmen zu können, sind zudem entscheidend für Lebenszugänge und Lebenschancen. Schule kann demnach weder außerschulische Bildung ersetzen noch selbst ein Korrektiv für Schulbildungsproblematiken sein, die i.d.R. ohnehin geschlechtsspezifische Aspekte vernachlässigen.

Sinnvoll erscheint, für die bisher unter schulischen Vorzeichen stattfindenden Umgestaltung von Bildungsorten, vorhandener Einflussmöglichkeiten weiter auszubauen. Viele Mädchenprojekte haben bereits seit Jahren über Einzelfallhilfen, sogenannte Projektstage und -wochen Kooperationserfahrungen mit ortsansässigen Schulen. Diese z.T. gelungenen Formen von Zusammenarbeit sind jedoch weitgehend Ergebnisse des Engagements von Mädchenarbeiterinnen und von KlassenleiterInnen, SchulsozialarbeiterInnen und/oder Eltern – i.d.R. nicht des Schulträgers, der Verwaltung oder des Direktorats. Kooperation ist meist einzelnen Personen zu verdanken. Die Problematiken fehlender personeller Kontinuität tragen also auch an dieser Stelle dazu bei, die Zusammenarbeit nicht langfristig ausbauen zu können. In der Folge kann nicht von einer nachhaltigen Wirkung ausgegan-

gen werden. Mädchenarbeit die bisher an Schulen stattfindet, sind dies in erster Linie Projekte – also zeitlich befristete außergewöhnliche Ereignisse - die von einer Versteigerung oder Institutionalisierung noch weit entfernt sind. Doch die Beteiligung am Bildungsdiskurs und die aktive Mitgestaltung der Rahmenbedingungen kann u.U. dazu beitragen, dass sich Mädchenarbeit über Dienstleistungsverträge strukturell und inhaltlich die Beteiligung sichert. Über Kooperationsverträge mit geschlechtsspezifischen Inhalten könnte die Kontinuität und der Ausbau bisheriger Projekte erreicht werden.

Problematisch gestalten sich allerdings die schulische Organisationshoheit und die bisherige Verteilung formeller Zuständigkeiten. Auch die finanzielle Abhängigkeit von Subventionierungen sowie die strukturelle Einbettung in Kontexte der Kinder- und Jugendhilfe könnte zur Anpassung führen, um den Preis fachpolitischer Radikalität. Mädchenpolitik/Mädchenarbeit gerät damit in ein Dilemma, fachliche Standards wie Parteilichkeit, Ganzheitlichkeit, Geschlechtshomogenität oder die Prinzipien der Freiwilligkeit, Selbstbestimmung, das Wunsch- Wahlrecht usw. für den Selbsterhalt aufzugeben.

Es handelt sich hierbei also um eine Veränderungssituation, der sich Mädchenarbeit einerseits nicht entziehen kann. Kooperiert Mädchenarbeit andererseits nicht mit dem schulischen Bereich, besteht zukünftig kaum eine Chance auf die Fortführung der ohnehin schon dürftigen Finanzierungen. Beteiligt sich Mädchenarbeit hingegen widerspruchslos an den von Landespolitiken favorisierten Kooperationsvorgaben, untergräbt sie u.U. anerkannte fachliche Standards und opfert ihre feministischen Visionen. Dann reduziert sich mädchenpolitische Vielfalt möglicherweise auf ein seltenes Ergänzungsangebot außerschulischer Jugendbildung, eine Beratungsleistung, ein Angebot beruflicher Orientierung und Lebensplanung, einzelfallbezogener Krisenintervention und eventuell Prävention – nach Vorgaben des Schulträgers und der Elternkonferenz – ein klassisches Angebot herkömmlicher Kinder- und Jugendhilfe, mit der Ausnahme, dass Mädchen und jungen Frauen bzw. Schülerinnen die Zielgruppe sind. Von Mädchenpolitik kann mit solchen Vorzeichen keine Rede mehr sein.

Neue Entwicklungsherausforderungen können demnach nicht allein in der Ausgestaltung der Kooperation von Mädchenarbeit und Schulen liegen. Vielmehr sollte, um die Eigenständigkeit von Mädchenarbeit/Mädchenpolitik neu zu befördern bzw. zu erhalten, der Blick auf die Folgen der sogenannten Umbauprozesse und deren erwartbare Auswirkungen auf sozial-kulturelle Milieus und Settings gerichtet werden. Dafür wird es notwendig sein, weit über den Tellerrand des Kinder- und Jugendhilfesystems zu blicken und möglichst neue Finanzierungsmodelle für Mädchenarbeit zu kreieren. Mädchen und junge Frauen, deren Bedürfnisse und die notwendigen Veränderungen struktureller Rahmenbedingungen für ein würdiges Leben, stehen mehr denn je im Vordergrund mädchenpolitischer Strategieentwicklung. Die bereits vorhandenen Handlungskonzeptionen bedürfen demnach auch der kritischen Prüfung, in wie weit sie u.a. auch die für Bildungsfragen notwendige Professionalität nachweisen, die nötig sein wird, um Mädchenarbeit fachpolitisch angemessen und bedürfnisadäquat zu positionieren. Bezogen auf die Kooperationserfordernisse von Mädchenarbeit und Schule, können diese allerdings nur an Qualität gewinnen, wenn Schule sich gleichfalls auf Mädchenarbeit zu bewegt und dabei auch bereit ist, ihre pädagogischen Paradigmen kritisch zu reflektieren.

Sollte es sich bewahrheiten, dass nur jene Jugendhilfeträger ihr Bestehen sicher können die mit Schulen kooperieren, wäre zu erwarten dass diese drohende Vereinseitigung neue Herausforderungen an ganzheitliche lebensweltorientierte Hilfe- und Unterstützungsleistungen produziert, die insbesondere das Geschlechterverhältnis neu dimensionieren. Offen bleiben damit viele Fragen, so z.B. was es für Bedingungen braucht, damit sich Schule inhaltlich fundiert mit mädchenpolitischen Positionen auseinandersetzt, wie sich Verregelungen und die Fremdbestimmung des Alltags auf die Lebenswelten von Mädchen und junge Frauen auswirken, was es bedeutet wenn Sozialräume als Bildungs- und Lernräume kaum noch eine Rolle spielen oder auch wie Mädchen und junge Frauen selbst mit den Veränderungen umgehen. An das Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung stellen sich also viel mehr Fragen als zum Zeitpunkt Antworten möglich sind.